



Abschlussklärung

Stellungnahme der Teilnehmer der durch EZA, in Zusammenarbeit mit EZAB und der CSA, mit internationaler Beteiligung veranstalteten Konferenz zum Thema: „Auswege aus der Wirtschafts- und Finanzkrise – Welche Handlungsspielräume ergeben sich für die Sozialpartner?“, die vom 13. bis 15. März 2009 in München (Deutschland) stattfand.

Die globale Finanzkrise hat die virtuellen Finanzmärkte verlassen und hat sich zu einer schweren Weltwirtschaftskrise ausgeweitet, an deren Anfang wir heute stehen.

Als Netzwerk von christlich-sozialen Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen beobachten wir mit großer Sorge deren Auswirkungen auf die Situation der Arbeitnehmer. Auch und gerade in dieser schwierigen Situation ist der Einsatz für unsere ethischen Grundanliegen wie die Schaffung und der Erhalt nachhaltiger Arbeitsplätze, eine gesicherte und faire Lohn- und Einkommenssituation der Arbeitnehmer sowie die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherungssysteme besonders wichtig. Vor diesem Hintergrund und aus dieser Überzeugung heraus haben wir nachfolgende Erklärung formuliert:

Die Finanzkrise und die Wirtschaftskrise verstärken sich inzwischen wechselseitig und deren Auswirkungen sind in allen Regionen der Welt spürbar. Diese Tatsache hat zu einer drastischen Korrektur der Wachstumsprognosen für 2009 geführt und eine tiefe weltweite Rezession steht uns bevor, deren Indikatoren wie Nachfragerückgang, Überstundenabbau und Kurzarbeit, mangelnde Investitionen und sinkende Löhne bereits spürbar sind. Insbesondere der akute Nachfragemangel ist eine der zentralen Ursachen für die schlechte Wirtschaftslage, in der sich die meisten Staaten befinden.

Weltweit steht die ökonomische und politische Bewältigung dieser Krise an der Spitze der politischen Prioritäten. Ohne zusätzliche Investitionen in die Bereiche Bildung, Infrastruktur, Gesundheit, Klimaschutz sowie in Energie- und Nahrungsmittelsicherheit dürften die Folgen der Krise eine fatale Wirkung entfalten.

Aufgrund der internationalen Interdependenz von Finanzen, Märkten und Politiken können nationale Alleingänge nicht zum Ziel führen. Oberste Priorität muss dabei der Schutz der

europäischen Arbeitnehmerschaft sein. Deshalb ist ein koordiniertes Vorgehen auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene unter Einbeziehung der Sozialpartner und von Nichtregierungsorganisationen (NRO) notwendig, um die Folgen der Krise langfristig minimieren zu können und die Stimulierung der Nachfrage anzuregen.

Die am stärksten von der Krise betroffenen sind diejenigen, die sich an deren Entstehung nicht beteiligt haben und inzwischen um ihre Arbeitsplätze bangen oder diese bereits verloren haben – die Menschen in der Welt der Arbeit und ihre Familien. Es ist wichtig, die Konjunkturprogramme so zu gestalten, dass die Forderungen der Arbeitnehmer berücksichtigt werden und sie von den aufgelegten Programmen profitieren. Um eine adäquate Repräsentanz der Arbeitnehmerinteressen zu gewährleisten, ist eine Einbeziehung der Gewerkschaften und der Arbeitnehmerorganisationen in die lokalen, nationalen, europäischen und internationalen Verhandlungen notwendig. Nur so ist es möglich, die sehr große Unsicherheit der Arbeitnehmer und die Vertrauenskrise in Banken und Wirtschaft zu überwinden. Dem Staat obliegt dabei die Aufgabe, durch konsequentes und kohärentes Handeln den Menschen Orientierung und Halt zu geben. Hierbei sind die ehrliche Zusammenarbeit und die Solidarität zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften von zentraler Bedeutung.

Die Sozialpartner verfügen auf verschiedenen Ebenen über wichtige Handlungsspielräume. Sie müssen als Verhandlungspartner auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Gehör finden:

Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Arbeitnehmer

Die Sozialpartner sollten die Durchsetzung von gesetzlichen oder tarifvertraglichen Mindestlöhnen und von Flächentarifverträgen weiter vorantreiben, für die Entlastung geringerer und mittlerer Einkommen zur Stärkung der Nachfrage gegenüber dem Staat eintreten, die Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe ausweiten und diese an Weiterbildungsprogramme knüpfen, den Ausbau von Qualifizierungsangeboten für Arbeitnehmer vorantreiben, die Pfändung von selbst genutztem Wohneigentum durch alternative Finanzierungsmethoden unterbinden und die Kreditvergabe von staatlich gestützten Banken an private Haushalte von Seiten des Staates einfordern.

Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Unternehmen

Die Sozialpartner sollten in gegenseitigem Einvernehmen die Unternehmen dazu bewegen, anstelle von Entlassungen variable Arbeitszeiten und Trainingsprogramme einzuführen, die Kreditvergabe von staatlich gestützten Banken an kreditwürdige Unternehmen von Seiten

des Staates einfordern, die Möglichkeiten zur Stärkung der Eigenkapitalbildung von Unternehmen, durch die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer vorantreiben und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer in den Unternehmen durchsetzen.

Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf das Finanzsystem

Die Sozialpartner sind dazu verpflichtet, die Schaffung effektiver Aufsichts- und Kontrollmechanismen des Finanzsystems durch handlungsfähige Finanzregulierungsbehörden und durch ein effizientes, unabhängiges und neu geschaffenes Kontrollsystem auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene von staatlicher Stelle einzufordern. Sie sollten eine Beschränkung von Verbraucherinvestitionen, Pensions- und Versicherungsfonds auf den hoch regulierten Bereich unterstützen, eine höhere Kapitalunterlegung der Banken einfordern sowie für eine strikte Trennung zwischen den traditionellen Bankenfunktionen und dem Investmentbereich eintreten. Des Weiteren sollten sie die Schaffung eines Haftungsverbundes für Privatbanken und die Zertifizierung von Finanzmarktprodukten von staatlicher Seite fordern. Eine weitere Möglichkeit, Spekulationsblasen einzudämmen, kann durch die Besteuerung kurzfristiger und spekulativer Transaktionen und durch die Einführung einer Börsenumsatzsteuer ab einer gewissen Gewinnmarge verwirklicht werden. Die Sozialpartner sollten den Staat dazu bewegen unabhängige Rating Agenturen stärker und engagierter zu überwachen, Managergehälter konsequent zu begrenzen und diesen durch eine progressive Einkommenssteuer entgegenzutreten. Bonuszahlungen lehnen wir ab, da sie sich als nicht zielführend und intransparent erwiesen haben.

Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die staatlichen Instanzen

Die Sozialpartner sollten die effiziente Umsetzung der staatlichen Konjunkturprogramme auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene einfordern. Dabei müssen neben wirtschaftlichen auch soziale Aspekte wie Investitionen in Bildung und Gesundheit im Mittelpunkt der Programme stehen. Weiterhin sollten die Bereiche Wissenschaft und Forschung sowie langfristige Infrastrukturprojekte gefördert werden. Ein zukunftsorientiertes und von den Sozialpartnern voranzutreibendes Modell, um Sozialdumping in Zukunft zu verhindern, ist die Einführung eines Korridormodells, welches das Verhältnis vom BIP zu den Sozialausgaben festlegt und somit auch einen Beitrag zur zukünftigen Gewährleistung der sozialen Sicherungssysteme leistet. Der Staat sollte außerdem dazu angehalten werden, die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in zukunftsorientierten und nachhaltigen Bereichen voranzutreiben und alternative Energien zu fördern. Die Schaffung eines einfachen und gerechten Steuersystems, welches die Steuerbefreiung von Unternehmen unterbindet und die vollständige Transaktion der Gewinne untersagt ist ebenfalls einzufordern.

Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Armutsbekämpfung

Die Sozialpartner sollten ihre Regierungen dazu bewegen, den vereinbarten Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen bis 2010 auf 0,56 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent zu steigern. Insbesondere die EU, die zur Erreichung dieser Vorgaben einen Stufenplan für ihre Mitgliedsstaaten entwickelt hat, muss in Anbetracht der finanziellen Lage an diesem Ziel weiter festhalten. Ein Vorschlag, der von den Sozialpartnern unterstützt werden sollte, ist im Zuge der Reform der Finanzmärkte die Einführung einer Steuer auf kurzfristige Transaktionen. Ein Teil dieser Steuereinnahmen könnten als zusätzliche Mittel in die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung fließen.

Die aktuelle Krise und der mit ihr einhergehende Vertrauensverlust der Menschen in das Finanz- und Wirtschaftssystem birgt die Chance, die derzeitige Finanzarchitektur anhand der oben genannten Vorschläge nachhaltig zu reformieren und die soziale Komponente der sozialen Marktwirtschaft wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Insbesondere die Arbeitnehmer und die armen Menschen, die ohne eigenes Zutun die Hauptleidtragenden dieser Krise sind, müssen durch soziale Programme gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Dazu ist es erforderlich, dass eine Neudefinition der Lissabon Strategie als primäres Anliegen auf der europäischen Agenda steht. Den Staaten obliegt dabei die Pflicht, die notwendigen Veränderungen zukunftsorientiert, gerecht und im Dialog miteinander voranzutreiben. Das Ziel muss es sein, anhand der erarbeiteten Vorschläge eine auf die Zukunft gerichtete Ursachenbekämpfung zu betreiben.

Die Konferenzteilnehmer

München, den 15.03.2009



Die Maßnahme wurde von der Europäischen Gemeinschaft finanziell unterstützt.